



Detailansicht des Registereintrags

Amadeu Antonio Stiftung

Aktuell seit 18.06.2025 15:13:52

Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

Registernummer:	R004511
Ersteintrag:	10.05.2022
Letzte Änderung:	18.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	18.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Novalisstraße 12 10115 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493024088610 E-Mail-Adressen: info@amadeu-antonio-stiftung.de Webseiten: www.amadeu-antonio-stiftung.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Timo Reinfrank

Funktion: Vorstand

2. Tahera Ameer

Funktion: Vorstand

3. Lars Repp

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. Timo Reinfrank

Mitgliedschaften (19):

1. Allianz für Zusammenhalt, in der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“
2. Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD)
3. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR)
4. Bundesausschuss Politische Bildung (bap)
5. Bundesverband Deutscher Stiftungen
6. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
7. Ariadne (European Funders for Social Change and Human Rights)
8. Deutsches Institut für Menschenrechte e.V.
9. LAG Vielfalt Sachsen
10. Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT)
11. National Coalition zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
12. Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt
13. Netzwerk Tolerantes Sachsen
14. Stiftungsnetzwerk Berlin
15. Task Force - Education on Antisemitism
16. Wir - Erfolg braucht Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern
17. Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin
18. Zusammen für Demokratie
19. Weltoffenes Thüringen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Diversitätspolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Extremismusbekämpfung; Opferschutz; Terrorismusbekämpfung; Internetpolitik; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Politisches Leben, Parteien; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet.

Dafür unterstützt sie Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich für eine demokratische Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten.

Die wichtigste Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung über eine finanzielle Unterstützung hinaus ist es, Aufmerksamkeit für engagierte Menschen vor Ort zu schaffen und die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dauerhaft auf die Tagesordnung zu bringen.

Zu diesen Zwecken sucht die Amadeu Antonio Stiftung den Kontakt zu politischen Entscheidungsträger*innen, nimmt an fach- und themenspezifischen Veranstaltungen und Konferenzen teil und begleitet politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse mit Stellungnahmen und Expertisen.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes

Beschreibung:

Ziel ist es eine dauerhafte Demokratieförderung durch eine gesicherte Mittelausstattung durch das Gesetz zu erreichen. Es gilt, mithilfe der Programme eine dauerhafte Demokratieinfrastruktur zu fördern und damit der Zivilgesellschaft in der Breite eine Grundlage für ihr Demokratieengagement zu schaffen, ohne dabei Vorentscheidungen über die Förderung einzelner Projekte zu präjudizieren und in die politische Verantwortung für Förderentscheidungen der jeweiligen Hausspitze einzugreifen. Auch soll die Beteiligung der Zivilgesellschaft verbindlicher geregelt und klarer definiert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2406180008 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2406180009 (PDF - 5 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2506170021 (PDF - 4 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 23.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

4. SG2506170023 (PDF - 11 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 04.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. Einbringung von Ergänzungen zum Gesetzesentwurf zur Errichtung der Stiftung Gedenken und Dokumentation NSU-Komplex**Beschreibung:**

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt grundsätzlich das Gesetz zur Errichtung der Stiftung NSU-Dokumentationszentrum. Um den Erfolg und die Akzeptanz der zukünftigen Stiftung zu gewährleisten, werden jedoch einige wichtige Anpassungen und Ergänzungen zum Ort des Dokumentationszentrums, zum bearbeiteten Themenfeld und zur Einbringung von Betroffenenperspektiven vorgeschlagen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14024 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501230009](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. [Einbringung von Verwendungshinweisen zum "Sondervermögen Infrastruktur"](#)

Beschreibung:

Das geplante "Sondervermögen Infrastruktur" bietet die einmalige Gelegenheit, Deutschland klimaneutral, wirtschaftlich und infrastrukturell zu modernisieren und dabei die Demokratie zu stärken.

Damit das Investitions paket nicht nur Wachstum, sondern auch demokratische Resilienz stärkt, braucht es klare Leitplanken. Das Ziel der Stiftung ist es darauf hinzuwirken, dass demokratische Kultur als Querschnittsziel verankert wird, einen Vorrang für strukturell benachteiligte Regionen und Einrichtungen einzuräumen, feste Anteile für soziale Infrastruktur zu verankern, verbindliche Beteiligungsverfahren zu etablieren und Synergien mit Programmen für politische Bildung und Gewaltprävention zu schaffen.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506170025](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. [Beibehaltung des Informationsfreiheitsgesetzes](#)

Beschreibung:

Anlässlich der Ankündigung der Unionsparteien in den Koalitionsverhandlungen, das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) abschaffen zu wollen, fordert ein breites

zivilgesellschaftliches Bündnis, die Informationsfreiheit zu schützen. Das Informationsfreiheitsgesetz ermöglicht uns allen, staatliche Entscheidungen nachzuvollziehen und zu überprüfen, wodurch das Vertrauen in die Demokratie gestärkt wird. Deshalb ist es das Ziel der Stiftung darauf hinzuwirken, das IFG in der jetzigen Form beizubehalten.

Betroffenes geltendes Recht:

IFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506170024 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.04.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (21):

1. **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 1.310.001 bis 1.320.000 Euro

Förderung der Projekte 'Debunk - Verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegentreten', 'Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention', 'Antifeminismus begegnen - Demokratie Stärken', 'Good Gaming - Well Played Democracy', 'Diskriminierung bei Waren und Dienstleistungen im digitalen Raum. Neue Potenziale und Wege von Testings nutzen', 'Durchführung einer Abfrage unter Antidiskriminierungsstellen zum Beratungsaufkommen und zu Erkenntnissen aus der Beratungstätigkeit', 'Machbarkeitsstudie zum Aufbau eines Rechtshilfenzwerks Antiziganismus'

2. **Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn

Betrag: 920.001 bis 930.000 Euro

Förderung des 'Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), Teilinstitut Jena', des Teilprojekts 'How to transferEUROPE - Transferformate für jugendbezogene Anwendungsfelder' im Rahmen des Verbundprojekts 'Jugend und EUropa: Zwischen Zusammenhalt und Polarisierung (JUROP)', des 'Verbundvorhabens: Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung, Teilvorhaben: Kommunikation zwischen Rechtsextremismusforschung und Zivilgesellschaft durch die "Plattform Transfer"', des Verbundprojekts 'Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten (NEOVEX) - Teilvorhaben: Die Politik digitaler Plattformen im Kontext rechtsextremer und verschwörungsideologischer Mobilisierung', Fachtagung 'Antifeminismus und Hasskriminalität'.

3. Bundesministerium des Innern und für Heimat

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 600.001 bis 610.000 Euro

Förderung des Projekts 'Aktionswochen gegen Antisemitismus', 'PrEval 2: Evaluation und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung', Teilprojekt 'Innerbehördliche Auseinandersetzung mit Rassismus im Rahmen des Verbundprojekts 'Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (InRa-Studie)'

4. Bundeszentrale für politische Bildung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn

Betrag: 580.001 bis 590.000 Euro

Förderung von Veranstaltungen im Rahmen der Richtlinienförderung und der Projekte 'Entschwörung vor Ort, 'Visualising Democracy'; 'de facto - Digital Streetwork im Videoformat', Fachtagung 'Zwischen Gefährdung und Emanzipation. Demokratie unter Druck'.

5. Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 520.001 bis 530.000 Euro

Förderung der Projekte 'Civic.net - Aktiv gegen Hass im Netz', 'Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus - Präventivpädagogisches Projekt gegen Antisemitismus', 'Berlin steht an der Seite Betroffener rechter Gewalt'

6. Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Förderung des Projekts 'ju:an-Praxisstelle: Antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit'

7. Niedersächsisches Justizministerium

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Hannover

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Förderung der 'Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen'

8. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Dresden

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Zuwendung für 'Debunk - Verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegentreten' und 'Brüche der Erinnerung. Post-Shoah-Antisemitismus als Erinnerungsabwehr in Sachsen'

9. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Erfurt

Betrag: 330.001 bis 340.000 Euro

Förderung des 'IDZ - Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft'

10. U.S. Department of State

Drittstaat

Vereinigte Staaten

Washington D.C.

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Förderung des Projekts 'Get The Trolls Out' (GTTO)

11. Europäische Kommission (MSCA)

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Zuwendung für "Network of Excellence of Training on HATE- NETHATE" (Teilprojekt in einem Kooperationsprojekt)

12. Freistaat Thüringen Staatskanzlei

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Erfurt

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Finanzierung des Projekts 'RIAS Thüringen - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen'

13. Bundesministerium der Justiz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro

Förderung des Projekts 'firewall - Hass im Netz begegnen"

14. Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Hannover

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Zuwendung für 'Good Gaming - Well Played Democracy'

15. Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin
Betrag: 480.001 bis 490.000 Euro
Zuwendung für 'Soforthilfefonds für Betroffene von Hassgewalt'

16. Sächsisches Landesamt für Schule und Bildung

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Leipzig
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Förderung des Projekts 'Starke Schüler - Starke Lehrer'

17. Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Dresden
Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro
Förderung der Projekte 'Peter-Henkenborg-Preis', 'Studie zur Auswertung der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex' und 'Sächsische Forschungs- und Dokumentationsstelle für Demokratie'

18. Stadt Hannover

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Hannover
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Finanzierung des Projekts 'Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS Niedersachsen'

19. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und

Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 490.001 bis 500.000 Euro
Förderung des Projekts 'Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden'

20. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Potsdam
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
Beteiligung am 'Amadeu Antonio Preis 2023'

21. Stadt Eberswalde

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Eberswalde
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
Beteiligung am 'Amadeu Antonio Preis 2023'

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

4.770.001 bis 4.780.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. gut.org gAG

Betrag: 840.001 bis 850.000 Euro

Zweckgebundene Projektzuwendung für satzungsgemäße Verwendung

2. Demokratie-Stiftung Campact

Betrag: 570.001 bis 580.000 Euro

Zweckgebundene Projektzuwendung für satzungsgemäße Verwendung

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Amadeu-Antonio-Stiftung_Jahresabschluss-2023.pdf](#)